

© **Schwerpunkt »Landwirtschaft für Europa«**

## **Bäuerliche Qualitäten – auch im Welthandel!**

Über landwirtschaftlichen Zündstoff in der Handelspolitik – ein Update

von Alessa Hartmann und Berit Thomsen

*Mit rund 20 Ländern verhandelt die EU derzeit ehrgeizige Freihandelsabkommen oder hat bereits vorläufige Abschlüsse vereinbaren können, darunter mit Australien, Neuseeland, Japan, Vietnam, Singapur, Indonesien, Mexiko, Kanada und die Mercosur-Länder. Diese Entwicklung gefährdet massiv bäuerliche Strukturen, die Armutsbekämpfung weltweit sowie Umwelt-, Tier- und Klimaschutz. Am Beispiel prägnanter Abkommen werden in dem Beitrag die Folgen dieser Handelsagenda skizziert und die kritische Rolle der Agrarindustrievertreter aufgezeigt. Dieser Entwicklung steht eine rege bäuerliche und zivilgesellschaftliche Bewegung entgegen. Ihr Postulat: Die EU-Handelspolitik muss und kann sich ändern. Ein Baustein dazu ist der sog. Qualifizierte Marktzugang – die bäuerliche Antwort für eine faire Welthandelspolitik.*

Zwischen den USA und der EU funkt es handelspolitisch, auch angeheizt durch die Drohung der USA, Strafzölle auf EU-Importe zu verhängen. Im Herbst 2018 fiel erstmalig das Licht der Öffentlichkeit auf ein neues Handelsmandat der EU-Kommission: Datiert auf den 6. Juni ersucht die EU-Kommission darin den EU-Rat, bestehend aus den Wirtschafts- und Außenministern der EU-Länder, über die Aufteilung der jährlichen zollfreien Importquoten von 45.000 Tonnen Rindfleisch, das hormonfrei erzeugt wurde, neu verhandeln zu können.<sup>1</sup> Diese Importquote resultiert aus einem jahrzehntelangen Handelsstreit zwischen der EU und vornehmlich den USA. Der EU-Minister rat stimmte diesem Mandat im Oktober zu.

Die EU hat vor mehr als drei Jahrzehnten den Import von Tieren und Fleisch, die mit Hilfe von Masthormonen gezüchtet worden waren, vollständig verboten. Daraufhin klagten die USA im Verbund mit weiteren Ländern vor dem Schiedsgericht der Welthandelsorganisation und gewann. Trotzdem hielt die EU an ihrem Importverbot für hormonbehandeltes Rindfleisch fest, woraufhin die USA und weitere Länder Strafzölle auf EU-Einfuhren erhoben.<sup>2</sup> Erst viele Jahre später, im Jahr 2009, implementierte die EU eine Importquote für Rindfleisch, das ohne Wachstumshormone produziert wurde. Diese Quote, etwas mehr als 45.000 Tonnen, teilen sich die Länder USA, Neuseeland, Kanada, Australien sowie Uruguay und sie ließen im Gegenzug die Strafzölle fallen. Wie die

Quote künftig aufgeteilt werden sollen, ist Gegenstand der anstehenden Verhandlungen zwischen den USA und der EU. Es ist durchgesichert, dass die USA einen Löwenanteil von der Quote wollen und zwar 35.000 Tonnen. Zu befürchten ist, dass die EU sich nun auch auf weitere Gespräche im Bereich Agrarhandel einlässt und eine Markttöfnung vorangetrieben werden könnte, um weitere amerikanische Strafzölle zu vermeiden. Unterstrichen wird dies noch durch die Tatsache, dass die EU-Kommission Anfang Oktober 2018 einen ersten Vorschlag für eine regulatorische Kooperation mit den USA vorgestellt hat, der auch Lebensmittelsicherheit umfasst.<sup>3</sup>

Zumindest zeitlich reiht sich dieser handelspolitische Schritt in die Entwicklung der transatlantischen Handelsgespräche ein, die mit einer knapp einseitigen »Gemeinsamen Erklärung«<sup>4</sup> zwischen der EU und den USA vom 25. Juli 2018 (ohne eine an sich notwendige Mandatsgrundlage durch die Mitgliedstaaten) begonnen wurden, »um eine neue Phase in den Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Europäischen Union einzuleiten«. Darin wird festgehalten, dass Zölle, Standards und Subventionen auf industrielle Produkte (außer Autos) abgebaut und auf null zurückgefahren werden sollen. Außerdem sollen Handelsbarrieren abgebaut werden, etwa um den Sojaexport nach Europa anzukurbeln. So werden laut der Erklärung »die Märkte für Landwirte und Arbeitnehmer geöffnet«.

## EU-Japan: Absage an bäuerliche Landwirtschaft

Das Freihandelsabkommen der EU mit Japan (JEFTA) soll im Dezember 2018 [stand bei Redaktionsschluss noch nicht fest] durch das EU-Parlament ratifiziert werden und dann in Kraft treten. Es ist davon auszugehen, dass das EU-Parlament JEFTA durchwinken wird; jedenfalls empfahlen die Mitglieder im tonangebenden Handelsausschuss am 5. November<sup>5</sup> mehrheitlich JEFTA zuzustimmen. Im Gegensatz zu CETA werden die Parlamente der Mitgliedstaaten nicht mehr über JEFTA abstimmen, da ein Investitionsschutzabkommen separat verhandelt wird. Laut Analysen von Wissenschaftlern des Thünen-Institutes nimmt durch JEFTA die Rohmilchproduktion in Deutschland um etwas weniger als ein Prozent zu und in Japan um bis zu 3,4 Prozent ab. Insgesamt kann die Agrarproduktion der EU durch dieses Abkommen um 0,7 Prozent steigen.<sup>6</sup> Diese Mengensteigerungen führen jedoch nicht automatisch dazu, dass sich das Einkommen der Bäuerinnen und Bauern auf den Höfen verbessert. Für die Bauern ist es nicht wichtig, dass die Menge steigt, sondern sie brauchen mehr Wertschöpfung. Und die ist alles andere als sichergestellt. Trotz der Exportorientierung der EU-Agrarpolitik sacken die Preise für die Bauern immer öfter ab. Zudem führt sie auch zu Handelsabkommen, wie derzeit mit Neuseeland geplant, das wohl mehr Milchimporte von dort bringen wird. Auch ist zu bemängeln, dass diese Exportmengen in Japan bäuerliche Betriebe aus der Erzeugung verdrängen.<sup>7</sup>

Die europäischen Bauernverbände (COPA) haben in einer gemeinsamen Pressemeldung mit der Lebensmittelindustrie den Handelsausschuss des EU-Parlamentes aufgefordert, JEFTA zuzustimmen. Scharfe Kritik dagegen äußerten die bäuerlichen und handelspolitischen Organisationen im Netzwerk Gerechter Welthandel (NGW)<sup>8</sup> und forderten in einem offenen Brief alle deutschen EU-Abgeordneten auf, JEFTA im Parlament abzulehnen. Dieser Brief wurde von einer europäischen Online-Unterschriftenaktion begleitet. Im Sommer 2018 haben fast 600.000 Menschen die Kampagne von Campact »JEFTA: Unser Wasser im Ausverkauf« unterstützt.

## EU-Mercosur: Kampf um Quoten

Nach fast 20 Jahren dauernden Verhandlungen sind bei dem Abkommen der EU mit den Mercosur-Ländern Argentinien, Brasilien, Uruguay und Paraguay die Zollquoten weiterhin umkämpft. Der Mercosur möchte Fleisch und andere Agrarprodukte in großen Mengen nach Europa importieren, was den Druck auf heimische Bäuerinnen und Bauern erhöhen wird.

Bemerkenswert ist die Reaktion etwa der COPA und der ländlichen Genossenschaften (COGECA), die auf-

grund der steigenden Importquoten Alarm schlagen. Zu Recht. Nur haben sich eben diese konservativen Bauernverbände unisono und uneingeschränkt jahrelang für die Exportorientierung und Marktöffnung in anderen Ländern eingesetzt und entsprechend lobbiiert. Jetzt fliegen den Vertretern der Agrarindustrie quasi ihre eigenen Forderungen um die Ohren. Bäuerinnen und Bauern hingegen haben in den vergangenen Jahren gemeinsam mit der Zivilgesellschaft auf die Folgen für Umwelt-, Tierschutz oder auch Menschenrechte der Handelspolitik aufmerksam gemacht.

Die Verhandlungen mit Brasilien verdeutlichen, dass beim Feilschen um die Quoten die sozialen und ökologischen Folgen der geplanten Steigerung des Agrarhandels außen vor bleiben. So erhöhten sich bereits in den vergangenen 14 Jahren die brasilianischen Rindfleischexporte um über 700 Prozent. Das Land ist weltweit der zweitgrößte Produzent und größte Exporteur von Rindfleisch. Das Wachstum der Rinderherden aber führt zu Landkonflikten und einer massiven Abholzung.

In der Folge entstanden außerdem jede Menge illegaler Schlachthöfe. Angesichts der beklagenswerten Zustände in diesen Tierfabriken wäre zu erwarten, dass das Assoziationsabkommen strenge Standards für den transatlantischen Fleischhandel vorsieht. Doch das Gegenteil ist der Fall.

Die EU selbst brachte einen Artikel über Handels erleichterungen in das Kapitel zur Lebensmittelsicherheit ein, der eine Beschleunigung der Exportgenehmigung für tierische Produkte vorsieht. Danach verzichtet das Importland auf Kontrollen einzelner Viehbetriebe, wenn das Exportland »ausreichende Garantien« erbringt, dass diese die Standards des impor-

### Brasilien Zukunft ungewiss

Anfang November 2018 wurde Jair Bolsonaro zum brasilianischen Präsidenten gewählt. Er gilt nicht nur als homophob, frauenfeindlich und rassistisch, sondern außerdem als Neoliberaler, der den Mercosur-Verbund allerdings ablehnt. Somit ist derzeit vollkommen unklar, wie sich nach seinem Amtsantritt im Januar 2019 die Verhandlungen um das EU-Mercosur-Abkommen entwickeln werden. Klar ist allerdings, dass der Druck auf zivilgesellschaftliche Akteure steigen wird. So kündigte er unter anderem ein Vorgehen mit militärischer Härte gegen Beschützer des Amazonas-Regenwaldes und indigene Gruppen sowie die Einschränkung entsprechender Aktivitäten internationaler Organisationen an. Darüber hinaus will er Bergbauaktivitäten in Naturschutzgebieten fortan erlauben und das Pariser Klimaabkommen aufkündigen.<sup>9</sup>

tierenden Landes einhalten – eine weltfremde Klausel angesichts der notorischen Lebensmittelskandale und des chronischen Behördenversagens in Lateinamerika, aber auch in Europa. Ferner soll die Häufigkeit der Importkontrollen reduziert werden.<sup>10</sup>

Nach der Wahl Jair Bolsonaro zum Präsidenten in Brasilien ist unklar, wie es mit den Verhandlungen weitergehen wird (siehe Kasten). Deutsche und brasilianische Zivilgesellschaft stehen aber im engen solidarischen Austausch miteinander.

### Ein Jahr CETA – Vorgeschmack und Ausblick

Seit September 2017 ist das Handelsabkommen der EU mit Kanada vorläufig in Kraft (bis auf den Investitionsschutzteil). Ein Jahr ist wenig Zeit, um zu bewerten, was das Abkommen bisher gebracht hat. Trotzdem lassen sich einige Entwicklungen im Bereich der regulatorischen Zusammenarbeit im Agrarbereich feststellen.

#### *Risikoansatz versus Vorsorgeprinzip*

Im Rahmen von CETA wurden von der kanadischen Regierung und der EU-Kommission Komitees gegründet, um das Abkommen umzusetzen. In der Kritik stehen die Komitees unter anderem, weil sie nicht nur durch Vertreter der EU-Kommission und der kanadischen Regierung besetzt sind, sondern weil auch andere Experten hinzugezogen werden können wie beispielsweise Vertreter der Wirtschaft. Im Bereich Biotechnologie, Sanitäre und Phytosanitäre Standards (SPS) und Landwirtschaft haben sich die Ausschüsse bereits getroffen. Es gibt allerdings kaum Informationen, was bei den Treffen genau besprochen wurde. Aber die kanadische Seite beklagte offenbar die Verzögerungen bei der Zulassung von gentechnisch veränderten Organismen (GVO) in der EU, die Glyphosatpolitik der EU und pries mit dem wissenschaftlichen Risikoansatz den Gegenspieler des europäischen Vorsorgeprinzips.<sup>11</sup>

Das wundert nicht, wenn man sich die Eingaben ansieht, die von der Industrie an das Forum für regulatorische Kooperation gegangen sind, das ähnlich wie die oben genannten Komitees die Vereinbarungen über regulatorische Zusammenarbeit in die Praxis umsetzen soll.<sup>12</sup> Interessensvertreter waren aufgefordert worden, ihre Vorschläge zu regulatorischer Kooperation in CETA einzubringen. Daraufhin meldeten sich auf kanadischer Seite überwiegend Industrieverbände wie CropLife (Biotechnologieunternehmen), Canadian Meat Council (Fleischwirtschaft), Canola Council of Canada (Agrarindustrie über die gesamte Wertschöpfungskette von Raps), Cereals Canada (Getreidewirtschaft, z. B. Bayer, Cargill) und die Chemistry Industry Association (Chemieindustrie wie

BASF, Dow) gemeinsam mit dem europäischen Verband European Chemical Industry Council.<sup>13</sup>

Diese pushten wenig überraschend all die Themen, vor denen die Kritiker des Deals gewarnt hatten: Gentechnik, Glyphosat und einen Angriff auf das Vorsorgeprinzip. So klagen Cereals Canada, CropLife und die Canadian Canola Growers Association (CCGA), dass die mangelhaften EU-Verfahren zur Zulassung von GVOs eine ständige Sorge ihrer Gruppen seien. Die Akteure beziehen sich auch konkret auf das Biotechnologiekapitel in CETA und fordern eine stärkere wissenschaftsbasierte (*science-based*) Kooperation, um GVOs in Zukunft schneller in der EU zulassen und einführen zu können.

Das Vorsorgeprinzip wird auch genannt, um sich über die Zulassung des umstrittenen Pestizids Glyphosat zu beschweren. Außerdem sei eine Nichtverlängerung von Glyphosat mit empfindlichen Folgen für die kanadische Wirtschaft verbunden. Entsprechend fällt auch die Forderung an das Forum für regulatorische Kooperation aus: »Das Forum kann genutzt werden, um die Politisierung von regulatorischen Entscheidungen bei Produkten zur Pflanzenproduktion zu verhindern, so wie die Entscheidungen, die mit der erneuten Genehmigung von Glyphosat zusammen hängen.«<sup>14</sup>

Diese Agenda bestätigt die schlimmsten Befürchtungen der Freihandelskritiker, zeigt sie doch, wie sehr Industrievertreter über die regulatorische Kooperation ihre Interessen einbringen können. Es bleibt abzuwarten, wie stark sie tatsächlich Gehör finden werden, und ob die EU diesem Lobbydruck Stand halten kann.

#### *Handelsgespräche mit Neuseeland und Australien begonnen*

Die EU-Handelsminister, in Deutschland vertreten durch das Wirtschaftsministerium, haben Anfang Mai 2018 entschieden: Die EU-Kommission startet die Freihandelsgespräche mit Neuseeland<sup>15</sup> und mit Australien.<sup>16</sup> Beide Länder haben ein klares Interesse daran, Milch- und Fleischprodukte, allen voran von Rindern und Schafen, zu exportieren. Nur im Gegenzug zu einer entsprechenden Marktöffnung werden sie ihre Märkte für Maschinen, Chemikalien oder verarbeitete Lebensmittel aus Europa öffnen. Auge um Auge, Zahn um Zahn. Beide ozeanischen Länder eint das Interesse, Milchprodukte und rotes Fleisch nach Europa zu exportieren.

#### *Importquoten akkumulieren*

Der Druck auf die heimische Landwirtschaft steigt. Mit CETA lässt die EU, wenn auch Deutschland dem Abkommen im Bundesrat und Bundestag zustimmt, den jährlichen Import von 50.000 Tonnen Rindfleisch langfristig zollfrei zu. Dazu würden bei

einem Abschluss mit den Mercosur-Ländern – zumindest nach derzeitigem Kenntnisstand – weitere 99.000 Tonnen kommen, plus künftige Freihandelsquoten aus Australien und Neuseeland. Das fast fertige EU-Abkommen mit Mexico sieht den zollfreien Import von Rindfleisch in Höhe von 10.000 Tonnen vor. Auch der angespannte europäische Milchmarkt müsste mit zusätzlichen Milchimporten aus Neuseeland und Australien rechnen. Das Thünen-Institut geht bei einer vollständigen Handelsliberalisierung von einem Produktionsrückgang in Deutschland zwischen 3,3 Prozent und 3,9 Prozent bei Rohmilch aus.<sup>17</sup> Spätestens bei dem Handelsabkommen mit Neuseeland und Australien wird auch die Milchindustrie Bedenken äußern, die sich sonst für Freihandel und Exportsteigerung stark macht. Die Agrarindustrie und ihre politischen Vertreter haben die Handels- und Exportpolitik in eine Sackgasse manövriert.

### **Qualifizierter Marktzugang – Dumping verhindern**

Die Verbraucherschaft in Deutschland und Europa formuliert zunehmend ihre Ansprüche etwa an die heimische Tierhaltung. Das hat eine Debatte über den Umbau in der Tierhaltung ausgelöst. Die Verbrauche-

rinnen und Verbraucher wollen aber auch kein importiertes Fleisch auf dem Teller, dessen Produktion zur Entwaldung oder Vertreibung von Landlosen geführt hat, dessen Schlachtkörper mit Chlor besprüht wurde und die Tiere nicht artgerecht gehalten sowie mit Hormonen und Gentechnikfutter gemästet wurden.

Gleichzeitig führen diese Importe auch zu Sozial- und Umweltdumping in der europäischen Rinderhaltung. Die europäische Landwirtschaft muss vor Wirkungen geschützt werden, die qualitative und bäuerliche Strukturen zerstören. Dabei kann auch der Importpreis eine Rolle spielen, wenn dieser heimische bäuerliche Strukturen hier und dort zu unterbieten droht. Erforderlich ist daher ein *Qualifizierter Marktzugang*. Das Konzept wurde vor mehr als einem Jahrzehnt von der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) als eine bäuerliche Antwort für eine faire und bäuerliche Welthandelspolitik entwickelt.

Der Qualifizierte Marktzugang gibt der EU das Recht, bei Importen von Agrarprodukten bestimmte Qualitäten einzufordern. Das kann bei Rindfleischimporten aus den Mercosur-Staaten z. B. bedeuten, dass bei der Erzeugung und in der Wertschöpfungskette Menschenrechte geachtet werden und dass die Tiere artgerecht gehalten werden: Weidehaltung hat Vorrang und eine Erzeugung soll nicht zur Entwaldung oder Vertreibung von Landlosen führen. Die Exporteure sind in der Pflicht, diese Qualitäten einzuhalten und entsprechend zu kennzeichnen. Werden diese Kriterien nicht eingehalten, kann die EU die Importe entweder ablehnen oder eine Abgabe darauf erheben. Aus dieser können dann menschenrechtsachtende und bäuerliche Strukturen in den jeweiligen Ländern gefördert werden.

Umgekehrt haben alle Länder, die Agrarprodukte aus der EU importieren, ebenfalls das Recht, ihre Kriterien zu entwickeln. Für Entwicklungsländer kann das bedeuten, dass sie zur Armuts- und Hungerbekämpfung ihre heimische Tierhaltung ausbauen und weiterentwickeln wollen und deshalb den Schutz vor billigen EU-Agrarimporten brauchen. Es reicht längst nicht mehr aus, nur über Mengen zu diskutieren. Zivilgesellschaftliche und bäuerliche Organisationen sind im Austausch, um Fehlentwicklungen in der Handelspolitik aufzuzeigen, Alternativen zu entwickeln und um bei anstehenden politischen Entscheidungen gemeinsam zu agieren.

### **Folgerungen & Forderungen**

- Aufgrund der europäischen Exportorientierung und der entsprechenden Handelsabkommen der neuen Generation muss Europa seine landwirtschaftlichen Märkte zunehmend und empfindlich für Dumpingimporte öffnen.
- Im CETA-Forum für regulatorische Kooperation pushen Konzernvertreter die Themen vor denen CETA-Kritiker gewarnt haben: Gentechnik, Glyphosat und die Auflösung des europäischen Vorsorgeprinzips.
- Die EU-Handelspolitik hat negative Auswirkungen auf die Menschen in den Produktionsländern. Die bäuerliche Landwirtschaft in Japan gerät unter starken Druck, in den Mercosur-Gebieten führt der Anstieg der Produktion für den europäischen Markt unter anderem zu Entwaldung und Vertreibung.
- Während die Vertreter der Agrarindustrie für diese Handelspolitik lobbyieren, arbeitet eine beständige bäuerliche und zivilgesellschaftliche Bewegung für einen gerechten Welthandel.
- Bäuerinnen und Bauern wollen Handel, aber zu fairen und klimaverträglichen Bedingungen und ohne Berufskolleginnen und -kollegen in anderen Ländern zu schaden. Dafür braucht es das Konzept des Qualifizierten Marktzugangs.

### **Das Thema im Kritischen Agrarbericht**

- ▶ Jürgen Maier: Wer braucht eigentlich globalisierte Agrarmärkte? Prozess und Stand der Globalisierung im Agrar- und Ernährungssystem. In: Der kritische Agrarbericht 2018, S. 12–16.
- ▶ Sven Hilbig und Tobias Reichert: Vom Freihandel zum Fairhandel – Die Agenda 2030 als Leitlinie für eine neue Handelspolitik. In: Der kritische Agrarbericht 2018, S. 17–20.

- ▶ Berit Thomsen: Landwirtschaft als sensibles Problem – Geplante Freihandelsabkommen stehen einer zukunftsfähigen Ausrichtung der Landwirtschaft diametral entgegen. In: Der kritische Agrarbericht 2018, S. 86–89.
- ▶ Alessa Hartmann und Berit Thomsen: Der CETA-Krimi – Das Handelsabkommen zwischen der EU und Kanada, sein Zustandekommen und die Auswirkungen auf die Landwirtschaft. In: Der kritische Agrarbericht 2017, S. 51–57.
- ▶ Alessa Hartmann: Gefahr durch Regulatorische Kooperation – Handelsabkommen der neuen Generation (TTIP und CETA) als Bremsklotz für nachhaltige Landwirtschaft. In: Der kritische Agrarbericht 2016, S. 53–58.

### Anmerkungen

- 1 Europäische Kommission: Recommendation for a COUNCIL DECISION authorising the opening of negotiations on an agreement with the United States of America regarding the importation of high quality beef from animals not treated with certain growth-promoting hormones. Brussels 6. June 2018 [COM(2018) 332 final. <https://politico.us8.list-manage.com/track/click?u=e26c1a1c392386a968d02fdbcb&id=1bco44ddcb&e=672ee29166>].
- 2 Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU): Umwelt und Freihandel: TTIP umweltverträglich gestalten. Stellungnahme Nr. 19. Berlin 2016.
- 3 Vgl. H. v. d. Burchard: EU paper outlines areas for US regulatory cooperation. In: Politico dated 4. October 2018 ([www.politico.eu/pro/document-eu-paper-outlining-areas-for-us-regulatory-co-operation/?utm\\_source=POLITICO.EU&utm\\_campaign=8ddf0c33-EMAIL\\_CAMPAIGN\\_2018\\_10\\_14\\_11\\_13&utm\\_medium=email&utm\\_term=0\\_10959edeb5-8ddf0c33-189810753](http://www.politico.eu/pro/document-eu-paper-outlining-areas-for-us-regulatory-co-operation/?utm_source=POLITICO.EU&utm_campaign=8ddf0c33-EMAIL_CAMPAIGN_2018_10_14_11_13&utm_medium=email&utm_term=0_10959edeb5-8ddf0c33-189810753)).
- 4 »European Commission – Statement: Joint U.S.-EU Statement following President Juncker’s visit to the White House, Washington, 25. July 2018 [http://europa.eu/rapid/press-release\\_STATEMENT-18-4687\\_en.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_STATEMENT-18-4687_en.htm).
- 5 »EU-Parlament: Trade Committee MEPs give greenlight to landmark EU-Japan trade agreement.« Presse release EU-Parlament, dated 5. November 2018 ([www.europarl.europa.eu/news/en/press-room/20181105IPR18264/trade-committee-meps-give-greenlight-to-landmark-eu-japan-trade-agreement](http://www.europarl.europa.eu/news/en/press-room/20181105IPR18264/trade-committee-meps-give-greenlight-to-landmark-eu-japan-trade-agreement)).
- 6 J. Maurin: Die EU profitiert, Japan zahlt. In: Tageszeitung (taz) vom 5. Juli 2018 ([www.taz.de/!5518995/](http://www.taz.de/!5518995/)).
- 7 Weitere Informationen zu den JEFTA-Bestimmungen im Landwirtschaftsbereich finden Sie in der Analyse von PowerShift, Lobbycontrol, Greenpeace und BUND: Viele Rechte, keine Pflichten: Eine kritische Analyse des Handelsabkommens zwischen der EU und Japan. Berlin 2018. S. 5 f.
- 8 Das Netzwerk Gerechter Welthandel ist im April 2017 aus dem Zusammenschluss des zivilgesellschaftlichen Bündnisses »TTIP unfairHandelbar« mit dem Trägerkreis der bundesweiten Großdemonstrationen »CETA & TTIP STOPPEN! Für einen gerechten Welthandel!« entstanden. Zu den Mitgliedsorganisationen gehören unter anderem die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), Attac, der BUND, Campact, der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB), der Deutsche Kulturrat, Greenpeace, PowerShift und die Naturfreunde Deutschlands ([www.gerechter-welthandel.org](http://www.gerechter-welthandel.org)).
- 9 Vgl. F. Rodriguez: Große Sorge um den Amazonas-Regenwald. In: Badische Zeitung vom 25. Oktober 2018 ([www.badische-zeitung.de/grosse-sorge-um-den-amazonas-regenwald](http://www.badische-zeitung.de/grosse-sorge-um-den-amazonas-regenwald)).
- 10 Vgl. T. Fritz: Das EU-Assoziationsabkommen mit dem Mercosur: Frontalangriff auf bäuerliche Landwirtschaft, Menschenrechte, Umwelt- und Klimaschutz. PowerShift et al. (Hrsg.). Berlin 2018.
- 11 Zur Erläuterung: In Europa gilt das Vorsorgeprinzip. Das bedeutet, dass der Erzeuger eines Produktes vor dessen Markteinführung nachweisen muss, dass es nicht schädlich für Umwelt und Verbraucher ist. In Kanada und den USA ist das praktisch umgekehrt: Öffentliche Einrichtungen müssen beweisen, dass ein Produkt schädlich ist, damit es verboten und vom Markt genommen wird (*science-based*).
- 12 Vgl. Website der kanadischen Regierung. Hier finden sich auch die im Artikel analysierten Eingaben zum Download: <https://open.canada.ca/data/en/dataset/c45c4cda-7134-4e65-8e99-5214e07bcf3> (Stand: 3. November 2018).
- 13 Auf europäischer Seite gab es eine ähnliche Konsultation, die Ergebnisse finden sich hier: [http://trade.ec.europa.eu/consultations/index.cfm?consul\\_id=248](http://trade.ec.europa.eu/consultations/index.cfm?consul_id=248). Anders als bei der kanadischen Konsultation überwiegen hier die Eingaben der Umwelt- und Verbraucherschutzverbände.
- 14 »The Forum can be used to prevent the politicization of regulatory decisions on crop production products, like the decisions related to the re-approval of glyphosate.«
- 15 EU-Kommission: Negotiating directives for a Free Trade Agreement with New Zealand. Brussels dated 8 May 2018 (<http://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-7661-2018-ADD-1-DCL-1/en/pdf>).
- 16 »EU-Kommission: Commission welcomes green light to start trade negotiations with Australia and New Zealand.« Press release EU-Kommission, dated 22. May 2018 (<http://trade.ec.europa.eu/doclib/press/index.cfm?id=1843>).
- 17 Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL): Fragestunde am 31. Mai 2017, Abgeordneter Friedrich Ostendorff Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 18/12501, 23. Mai 2017.



**Alessa Hartmann**

Referentin für internationale Handelspolitik bei Powershift e.V. und Mitglied des Koordinierungskreises des Netzwerks Gerechter Welthandel.

[alessa.hartmann@power-shift.de](mailto:alessa.hartmann@power-shift.de)



**Berit Thomsen**

Referentin für internationale Agrarpolitik der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL).

Bahnhofstraße 31, 59056 Hamm  
[thomsen@abl-ev.de](mailto:thomsen@abl-ev.de)